



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 18. Februar 2010
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1146
Fax (0431) 988 1156

Kurzbericht

über die

12. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 17. Februar 2010,
im Sitzungszimmer 139 des Landtages*

Beginn: 14:35 Uhr

Der Innen- und Rechtsausschuss nahm die Berichte **des Innenministeriums zu den Vorgängen um das absichtliche Überfahren eines Hundes auf der A 1 durch die Polizei**, Umdruck 17/329, und zu den **Konsequenzen der Landesregierung aus der Versenkung von „Gasgranaten“ südlich von Helgoland im September 1949**, Umdruck 17/343, entgegen. Hieran schloss sich jeweils eine Diskussion an.

Außerdem ließ sich der Ausschuss durch die Landesregierung zum **aktuellen Stand des Verfahrens zum Jugendmedienschutzstaatsvertrag**, Umdruck 17/342, unterrichten. Es schloss sich eine Diskussion an.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW empfahl der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag, in dem Verfahren vor dem **Landesverfassungsgericht betr. Wahlprüfung**, Umdruck 17/368, eine Stellungnahme mit dem Tenor abzugeben, dass der Beschwerde nicht abzuheften ist, und den Landtagspräsidenten zu beauftragen, einen Verfahrensbevollmächtigten zu bestellen.

Mehrheitlich sprach sich der Ausschuss gegen den mündlichen Antrag der Abg. Amtsberg aus, zum jetzigen Zeitpunkt eine Anhörung **zur Einrichtung einer Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**, Drucksache 17/178 (neu), durchzuführen und befürwortete, zunächst den von der Landesregierung zur 6. Tagung des Landtages angeforderten Bericht in dieser Sache abzuwarten.

Schluss: 16:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder